Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 4 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig. Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto | Halver Mittwoch, den 6. Januar | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" und „Für unsere Frauen" | 1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Die Stillhaltekonferenz in Berlin verhandelt jetzt nur noch um die Verlängerung des Moratoriums um zwölf Monate.

* In Berlin begannen Luftfahrtsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich.

* Die Hochwassergefahr in Deutschland ist noch nicht vorüber. Im Harz forderte das Hochwasser ein Todesopfer.

* Auf der Karsten-Zentrums-Grube bei Beuthen sind durch Gebirgsschlag vierzehn Bergleute verschüttet worden. Alle dürften den Tod gefunden haben.

Die große Geste.

Im Zeitalter zahlloser politischer Konferenzen wird viel zu viel „zerredet" von denen, die die Geschicke der Staaten und Völker zu lenken haben. Man klebt an Buchstaben, Zahlen und Verträgen, die Juristen führen das große Wort — und da fehlt eben das instruktive Empfinden für die massenpsychologischen Rückwirkungen. Wenn man z. B. in Frankreich darüber entrüstet ist, weil die „versöhnlichen" Rückwirkungen der „vorzeitigen" Rheinlandräumung auf Deutschland ausblieben, so liegt der Grund darin, daß man erst auf der Haager Konferenz alles zerredete „und dann Herr Tardieu durch sein Spiel mit dem Recht der Sanktionen" diese unpsychologische Tätigkeit noch fortsetzte, infolgedessen sich aus dieser „großen Geste" — als solche will man in Frankreich die Rheinlandräumung betrachtet wissen — schließlich gar nichts ergeben hat. Genau so war es mit dem Hoover-Feierjahr. Auch das wurde so lange „zerredet", bis von ihm völkerpsychologisch nur noch Fetzen übrig waren, die auf die Wirtschaftskrise der Welt keinerlei Bremswirkungen auszuüben vermochten.

Wir zitieren: „Frankreich wird keine Reparationen mehr erhalten. Warum also so viele Ausreden gebrauchen? Warum so viel falsch angebrachte Geschicklichkeit? Wir ziehen eine größere Geste vor; denn da alle Reparationen in Wirklichkeit verloren sind, so riskieren wir nichts mehr, wenn wir den Deutschen ihre Schulden endgültig und ganz erlassen." Das schreibt die vielleicht größte französische Provinzzeitung, die „Depêche de Toulouse". Sie ist radikalsozialistisch, gehört also zu der stärksten Partei Frankreichs, die zu der Regierung Laval in einem kühl-neutralen Verhältnis steht. Der Artikel hat gewaltiges Aufsehen erregt, argumentiert aber hinsichtlich der vorgeschlagenen „großen Geste" der Streichung aller deutschen Reparationsverpflichtungen insofern ganz richtig, als allein auf diesem Wege auch von Amerika ein gleich weites Entgegenkommen in der interalliierten Schuldenfrage erreicht werden könne. „Wir werden dann allen Nationen das Beispiel eines Staates gegeben haben, der seine Forderungen dem Weltfrieden opfert." Und der Verzicht auf die deutschen Reparationen — auf deren Bezahlung nach Ansicht des Blattes überhaupt nicht zu rechnen sei — gehe ja noch weit über das von Nordamerika gewünschte Maß der Hilfe für Deutschland hinaus und werde drüben nicht ohne entsprechend weitgehende Rückwirkungen bleiben —, „aber welch' ein französischer Staatsmann wird eine solche große Geste wagen?"

Wenn selbst die französische Zeitung diese Zweifelsfrage stellt, so dürfen wir Deutschen sie mit noch betonterem Zweifel unterstreichen. Daß die Zahlung von deutschen Reparationen auf längere Zeit für Deutschland unmöglich ist, sieht man in immer weiteren französischen Kreisen, sieht man auch im Kabinett Laval ein, woraus dann wenigstens der Vorschlag eines Moratoriums für die bedingten deutschen Tribute und eine Kreditierung des unbedingt zu zahlenden Teils der Young-Plan-Verpflichtungen hervorgegangen ist. In Deutschland ist man sich einig darüber, daß eine weitere Tributzahlung überhaupt nicht mehr möglich ist. Die „große Geste" des Toulouser Blattes hat bei einigen Pariser Organen der Radikalsozialisten eine mehr oder weniger bedingte Zustimmung gefunden, namentlich bei jener Zeitung, die einem der maßgebendsten Männer dieser Partei nahesteht. Dort findet man einen Satz, eine Selbsterkenntnis und ein Selbstbekenntnis, das, aus französischer Feder stammend, gerade jetzt größte Bedeutung verdient, da die Reparationskonferenz näherrückt: „Wir brauchen nur zu wollen, und wir können die Welt retten." Und dieses Wollen, so fügt die Welt hinzu, muß bald kommen, weil es eine Rettungsmöglichkeit überhaupt nicht mehr allzu lange Zeit geben wird!

Gerade, daß man von Deutschland vorerst doch keine Reparationen erhalten wird und erhalten kann, daß trotzdem aber ein unverjährbarer, später auch wieder geltend zu machender „Rechtsanspruch" gewahrt bleiben soll, würde wieder ein Moratorium zerreden und seine Wirkung zerreiben. Das Damoklesschwert hinge fortwährend über unserem Kopf. Aber dann würde Deutschland, würde die Welt nie aus einer Situation herauskommen, die ein ruhiges Arbeiten am Wiederaufbau der zerrütteten und zerstörten Weltwirtschaft unmöglich machen muß.

Kurze politische Nachrichten.

Das Plenum des Anhaltischen Landtages nahm den Mißtrauensantrag der deutschnationalen Volkspartei gegen das anhaltische Staatsministerium mit 19 gegen 17 Stimmen an. Darauf trat das Staatsministerium zurück. Die Neuwahl findet am Freitag statt.

*

Prof. D. Dr. phil. Georg Schreiber, päpstlicher Hausprälat in Münster (Westf.) vollendete sein 50. Lebensjahr. Seit zwölf Jahren gehört D. Schreiber als Mitglied der Zentrumsfraktion dem Reichstag an.

Die Weltseuche der Tribute

Die Tribute sind an der Weltkrise schuld.

Frankreichs unrichtiger und unerhörter Standpunkt.

Die ganze Tributpolitik muß ihre innere Unmöglichkeit erkennen, wenn nachgewiesen wird, daß die Tributzahlungen tatsächlich an der Weltkrise schuld sind. Daher ist auch bei der Baseler Konferenz ein zweifellos von französischer Seite beeinflußtes Telegramm bemerkenswert, das die Konferenz auf den Grundsatz festlegen wollte, die Weltwirtschaftskrise und die Tributzahlungen hätten nichts miteinander zu tun. Daß dieser in seiner Tendenz durchsichtige französische Standpunkt durchaus irrig ist, das beweist der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Professor Gustav Cassel in einer Abhandlung über die Frage „Tributzahlungen und Weltwirtschaft". Er führt u. a. folgendes aus:

Zwischen Weltwirtschaftskrise und Tributzahlungen bestehe nicht nur ein psychologischer Zusammenhang, sondern eine unmittelbar nachweisbare Kausalverbindung. Die Tributforderungen hätten die Goldstandards der Welt und den internationalen Handel ins Verderben gestürzt.

Deutschland habe nämlich außer den Tributen die Zinsen der für frühere Tributzahlungen geliehenen zehn Milliarden Auslandsschulden zu zahlen. Hierfür sei ein gewaltiger Ausfuhrüberschuß nötig, den die Gläubigerstaaten jedoch nicht aufnehmen wollten. Die Vereinigten Staaten und Frankreich hätten schließlich soviel Gold an sich gerissen, daß in den übrigen Ländern eine Goldknappheit entstand und alle Preise fielen. Dadurch sei die Summe der Tribute und der übrigen Schulden noch weiter in die Höhe geschraubt worden.

Frankreich habe die Baseler Verhandlungen unter dem Leitsatz begonnen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit im Young-Plan festgestellt sei und deshalb nicht erörtert werden könne. Schon die geistige Einstellung eines solchen Leitsatzes sei bezeichnend für die französische Denkweise. Cassel erinnert in diesem Zusammenhang an das französische Verlangen, die Schuld am Weltkriege ein für allemal durch eine erzwungene Unterschrift festzustellen.

Abgesehen hiervon begehe Frankreich den großen Fehler, daß es Deutschlands Zahlungsfähigkeit als eine gegebene Größe hinstelle, was unrichtig und unerhört sei. Frankreich habe ja selbst anerkennen müssen, daß Deutschland im Augenblick zahlungsunfähig sei. Weiter habe Frankreich allerdings nicht gehen wollen, sondern dann vielmehr behauptet, daß die Weltwirtschaftskrise bald zu Ende gehen müsse. Das sei aber eine durch und durch unmoralische Ansicht.

Die Angst vor dem tributbefreiten Deutschland.

Frankreich deckt seine Karten auf.

Schon von jeher hat die amtlichen französischen Kreise der Grundsatz beherrscht, ohne jedoch bisher klar ausgesprochen zu sein, daß es sich bei der Aufrechterhaltung der Tribute weder um die sogenannte Durchführung verbriefter und heiliger Rechte, noch um eine Lebensnotwendigkeit des französischen Volkes oder um eine Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden handelt, sondern einzig und allein am die Möglichkeit, Deutschland solange wie möglich am Boden zu halten, um einen ernstlichen Konkurrenten für Frankreich auszuschalten.

Wenn Deutschland von den Tributen befreit werde, so erklärt jetzt ausdrücklich der immer gut informierte französische außenpolitische Redakteur Pertinax im „Echo de Paris", dann werde es nach Ablauf der augenblicklichen Krise auf dem internationalen Markt unumstritten die Übermacht gewinnen. Außerdem werde es um so schneller an den zweiten Punkt seines Programms, nämlich die Gebiets- und politischen Forderungen, herangehen, je eher es von der Last der Tribute befreit werde.

Stillhaltung nur für ein Jahr?

Verhandlungen über Verlängerung bis zum 1. März 1933.

Die Stillhalteverhandlungen sind nach der Weihnachtspause planmäßig weitergeführt worden. Wie verlautet, hat man

die Diskussion eines mehrjährigen Stillhalte- und Amortisationsplanes aufgegeben; der Gegenstand der Verhandlungen ist nunmehr ausschließlich die Verlängerung der bisherigen Stillhaltung um ein Jahr,

also bis 1. März 1933. Man spricht demgemäß jetzt das alte Stillhalteabkommen paragraphenweise durch, im Hinblick auf die bei dieser Prolongation vorzunehmenden Abänderungen. Im Rahmen dieser Prolongation verlangen die Ausländer die Auszahlung einer Kapitalquote.

Seltsame Aeußerungen im „Temps".

Die Tribute ein Symbol der Ehrfurcht vor der Zivilisation

Der „Temps" untersucht in einem langen Artikel das Tributproblem. Die Anullierung der deutschen Zahlungen würde ein Verbrechen gegen die Achtung der Verträge darstellen, die als die Grundlage der westlichen Zivilisation angesehen werden müßten. Das Interesse Frankreichs stehe weniger auf dem Spiel, denn das Loch, das der Ausfall der Reparationen in seinem Haushalt hervorrufen würde, könne gestopft werden. Es handele sich vielmehr um das Interesse der europäischen Zivilisation. Ein Sieg Deutschlands in der Tributfrage würde es nur ermutigen, neue Forderungen zu stellen. Der Youngplan sei weder ein Diktat noch ein Tribut. In normalen Zeiten sei seine Anwendung nur gerecht. Es müsse außerdem als ein Symbol nicht der Unterdrückung des deutschen Volkes, sondern der Ehrfurcht, die man der Zivilisation schuldig sei, erhalten bleiben.

Lausanne rüstet sich.

Vorbereitungen der Tributkonferenz.

Die Vorbereitungen für die Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne werden mit größter Beschleunigung betrieben. Die Konferenz soll in dem historischen Schloß Ouchy tagen, in dem im Jahre 1922/23 die Konferenz zwischen der Türkei und den alliierten Mächten stattfand. Die meisten Konferenzteilnehmer haben bereits reits in den großen Lausanner Hotels Plätze belegt. Man nimmt an, daß die Konferenz am 20. Januar beginnen wird.

Lausanner Konferenz am 25. Januar.

Nachdem Bundespräsident Motta bereits dem englischen Gesandten und dem französischen Botschafter in Bern seine Zustimmung zur Abhaltung der Tributkonferenz in Lausanne gegeben hat, hat der Gesamtbundesrat diese Zusage bestätigt.

Die Konferenz wird am 25. Januar in Lausanne beginnen. Bundespräsident Motta wird als Vertreter der schweizerischen Landesregierung und damit des Gastlandes der Eröffnungssitzung beiwohnen.

Seit 1. Januar 1932 werden alle in italienischen Häfen oder an italienischen Küsten ausgeladenen Waren, die aus dem Auslande stammen, mit einem Sonderzoll belegt werden. Dieser Zoll beträgt eine Lira je Tonne für Phosphat, Nitrate und Maurermaterial; für alle anderen Waren beträgt der Zoll zwei Lire. Ausgenommen ist Durchfuhrgut.

*

Der Sieg der „Nassen" in Finnland ist entschieden. Die noch ausstehenden Zahlen der Alkoholabstimmung haben das Gesamtergebnis nicht mehr verändert. Über 70 Prozent aller abgegebenen Stimmen haben sich gegen das Alkoholverbot ausgesprochen.

*

Der Ständige Mandatsausschuß des Völkerbundes hat nunmehr seinen Bericht an den Völkerbundrat über das Irak-Gebiet abgeschlossen. Die Aufhebung des Mandats und die Aufnahme des Irak-Gebietes in den Völkerbund muß jetzt durch einstimmigen Beschluß der Völkerbundversammlung erfolgen.

Täglich 11 Uhr Pressevortrag beim Reichspräsidenten.

Wie Hindenburg über die Zeitungen unterrichtet wird.

In einem Beleidigungsprozeß gegen den Herausgeber der „Grünen Briefe", Sonntag, wegen übler Nachrede und Beleidigung des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung, Dr. Zechlin, gab dieser eine Übersicht über seine Aufgaben.

Dr. Zechlin erklärte, daß er zu der deutschen Presse persönlich in Fühlung trete, um ihr die Richtlinien der Politik der Reichsregierung geben zu können. So habe er verschiedentlich dem „Vorwärts" gegenüber den Wunsch ausgesprochen, daß dieser die Angriffe gegen Mussolini unterlassen sollte, da das Blatt dadurch die Arbeit der Reichsregierung erschwere. Die Rechtspresse habe er wiederholt gebeten, keine Angriffe gegen das linksrepublikanische Spanien zu unternehmen. Er sei niemals, wie ihm vorgeworfen werde, ein Feind des italienischen Volkes gewesen, er sei nicht einmal ein Feind des Faschismus', da ihm kein Recht einer Kritik in dieser Hinsicht zustehe.

Was nun die Orientierung des Reichspräsidenten anlange, erklärte Dr. Zechlin weiter, so müsse er sagen, daß Hindenburg in politischen Fragen durch die Reichsregierung sowie durch den Staatssekretär Dr. Meißner unterrichtet werde. Er selbst, Zechlin, gehe jeden Tag um 11 Uhr vormittags zum Reichspräsidenten, um ihm ein Bild über die Pressenachrichten, hauptsächlich die außenpolitischen, zu geben. Es sei für ihn der Stolz seines Lebens, daß er täglich diesen Vortrag halten könne. Wenn er diesen Vortrag, den er seit sieben Jahren täglich halte, parteimäßig gefärbt hätte, so hätte er sich niemals auf diesen Posten halten können. Er sei allerdings davon überzeugt, daß er von seinem Posten gehen müßte, wenn Hitler sein drittes Reich in Deutschland einrichte. Aber er müsse immer wieder be-

tonen, daß er, zumal er noch Beamter des Kaiserreichs gewesen sei, seine Amtspflicht stets erfüllt habe.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Ziegel, kam es im Prozeß zu einem Vergleich, in dem der Angeklagte Sonntag seine Behauptungen, daß Zechlin ein Feind Italiens sei, im Dienste der Antifaschistischen Liga arbeite und der Vertrauensmann der SPD. bei der Reichsregierung sei, widerrief. Zugleich erklärte Sonntag, daß er Dr. Zechlin eine Verletzung seiner Amtspflichten nicht zum Vorwurf mache.

Der Tag der Präsidentenwahl.

Wann endet Hindenburgs Amtsperiode?

Wenn nicht durch verfassungsänderndes Gesetz in Kürze eine Änderung der Rechtslage eintritt, wird noch in diesem Frühjahr die Wahl zum Reichspräsidenten angesetzt werden müssen. Ministerialrat Dr. Kaisenberg, der im Reichsinnenministerium diese Verfassungsangelegenheiten bearbeitet, äußert sich darüber in einem Aufsatz im Reichsverwaltungsblatt.

Ein verfassungsänderndes Gesetz zur Verlängerung der Amtsperiode würde, so schreibt Kaisenberg, wohl nur dann in Frage kommen, wenn Reichspräsident von Hindenburg sich entschließen sollte, bei einer Neuwahl nicht wieder zu kandidieren, mit Rücksicht auf eine Konsolidierung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse aber gesonnen wäre, noch eine im Verhältnis zur siebenjährigen Wahlperiode kurz bemessene Zeitspanne zu amtieren. Sonst also müßte die Neuwahl stattfinden. Wann jedoch endet das Amt des Reichspräsidenten? Hindenburg ist am 26. April 1925 gewählt worden, hat am 29. April 1925 dem Reichswahlleiter die Annahme der Wahl erklärt, am 5. Mai 1925 hat der Reichswahlausschuß die Wahl festgestellt, am 12. Mai 1925 fand im Reichstage die Vereidigung statt: welcher Tag ist maßgebend?

Es gibt drei Lehrmeinungen darüber: nach der einen läuft die Wahlperiode vom Tage der Annahme ab, nach der anderen vom Tag des Amtsantritts. Kaisenberg macht sich die dritte These zu eigen, wonach die Erklärung des Reichswahlausschusses, daß der Anwärter zum Reichspräsidenten gewählt ist, maßgebend ist.

Danach wäre also am 5. Mai 1932 die Amtsdauer des gegenwärtig amtierenden Reichspräsidenten von Hindenburg verfassungsmäßig beendet, und bis dahin müßte die Neuwahl soweit durchgeführt sein, daß der neugewählte Reichspräsident sein Amt antreten kann.

Severing und die Polizeioffiziere.

Eine Erklärung der Polizeioffiziervereinigung.

Der Konflikt, der zwischen dem preußischen Innenminister Severing und der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens wegen der Strafversetzung des Berliner Polizeimajors Livit ausgebrochen war, ist jetzt beigelegt worden. Die Vereinigung hatte zu der Versetzung Livits in einer scharfen Entgegnung Stellung genommen, die in die Presse gekommen war, bevor sie dem Innenminister selbst vorlag. Minister Severing hatte daraufhin den Verkehr mit der Vereinigung abgebrochen.

Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hat dem preußischen Minister des Innern nunmehr eine schriftliche Erklärung überreicht, in der betont wird, daß mit der Entschließung keine Mißtrauenskundgebung gegen den Minister ausgesprochen werden sollte, da der Verband hierzu gar nicht bevollmächtigt sei. Die Vereinigung werde für engsten Zusammenhalt und unbedingte Manneszucht innerhalb der Schutzpolizei arbeiten und für strengste Innehaltung der Verfassung und Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Staatsform eintreten. Nach dieser Erklärung hat der preußische Minister des Innern die gegen die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens getroffenen Maßnahmen aufgehoben.

Die Versetzung des Polizeimajors Livits von Berlin nach Gleiwitz erfolgte vor einigen Wochen, da nach Auffassung der vorgesetzten Behörde Polizeimajor Livit sich bei der Feststellung und Festnahme von Demonstranten, die innerhalb der Bannmeile Hochrufe auf republikanische Führer Preußens ausgebracht hatten, nicht an seine Dienstvorschriften gehalten habe.

Um die Regierungsbildung in Hessen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten über die Regierungsbildung in Hessen scheinen nun wieder in Fluß zu kommen. Im Mainzer Zentrumsblatt veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Dr. Bockius einen Artikel, in dem er vor allem die Marschrichtung des Zentrums im Hinblick auf die Außenpolitik behandelt. Dabei betont er, das Zentrum müsse von jeder Partei, die mit ihm in eine Regierung eintreten wolle, verlangen, daß es in Deutschland nur eine Außenpolitik gibt, und zwar die des Reichskanzlers Brüning. Diese Politik müsse auch Hessen durch seinen Vertreter im Reichsrat unterstützen. Eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum sei auf weite Sicht hinaus nicht ohne Brüning möglich. Darauf müßten sich auch die Nationalsozialisten einstellen.

Politischer Mord bei Leverkusen.

In der Nähe des kommunistischen Jugendheimes wurde der etwa 25jährige Arbeiter Lorscheid erschossen aufgefunden. Die Leiche wies einen Kopf- und einen Herzschuß auf. Lorscheid war bis Mitternacht auf seiner Arbeitsstelle bei der J.-G.-Farbenindustrie. Er ist auf dem Heimwege ermordet worden.

Die Düsseldorfer Mordkommission bewahrt über das bisherige Untersuchungsergebnis strengstes Stillschweigen. Es scheint nicht ausgeschlossen zu sein, daß ein Mord aus politischen Gründen vorliegt. Der Ermordete gehörte zu den Arbeitern, die den zum Streik hetzenden Kommunisten keine Gefolgschaft geleistet hatten.

Warum Verreichlichung der Wasserstraßen?

Länderkonferenz über die Reichswasserstraßenverwaltung.

Im Reichsverkehrsministerium begann die Länderkonferenz über die Reichswasserstraßenverwaltung. Die Länderkonferenz wurde vom Reichsverkehrsminister Treviranus mit einer längeren Rede eröffnet, in der er u. a. ausführte: Die über zehnjährige Praxis des Reichsverkehrsministeriums hat ergeben, daß es grundlegend falsch ist, einer kleinen Fachverwaltung die Verantwortung für den einheitlichen Einsatz von jährlich 150 Millionen Mark zu übertragen, sie gleichzeitig aber nur mit ganz beschränktem Einfluß auf das ausführende Personal zu versehen und sie an die Berücksichtigung von 15 verschiedenen Ländersystemen bei der Verwaltungsführung zu binden. Es besteht kein Zweifel, daß mit einfacher Durchbildung der Reichswasserstraßenverwaltung erhebliche Einsparungen, vorsichtig geschätzt um zwei Millionen Mark jährlich, möglich sind. Unter diesen Umständen hat sich die Reichsregierung entschließen müssen, von den ihr vorbehaltenen Kündigungsrecht Gebrauch zu machen. Treviranus sprach sodann die Hoffnung aus, daß der von der Reichsregierung übersandte Gesetzentwurf ein befriedigendes Zusammenarbeiten zwischen Reich und Ländern ermöglichen werde, warnte aber vor dem Gedanken einer Parallelorganisation der Länder zur Wahrung ihrer Sonderinteressen an den Reichswasserstraßen.

„Graf Zeppelin" in deutsch-französischen Diensten.

Deutsch-französische Luftfahrtlinien.

In Berlin begannen deutsch-französische Luftfahrtverhandlungen. Diese zielen darauf ab, zunächst einmal allgemein wegen der Zulassungsbedingungen zu zweckmäßigeren Vereinbarungen zu kommen, hinsichtlich des Verkehrs auf den deutsch-französischen Linien nach dem nahen und fernen Osten und schließlich auch bezüglich des Verkehrs nach Südamerika zu einer engeren Zusammenarbeit zu kommen. Es ist u. a. auch vorgesehen, daß in den Verkehr nach Südamerika das Luftschiff „Graf Zeppelin" zehnmal im Jahre miteingesetzt werden soll. Aus diesem Grunde wird auch Dr. Eckener an den Verhandlungen teilnehmen.

Der japanische Botschafter bei Stimson.

Aufrichtiges Bedauern.

Der japanische Botschafter Debuchi erklärte nach einem Besuch bei Staatssekretär Stimson, er habe den Anweisungen seiner Regierung folgend dem amerikanischen Staatssekretär das aufrichtige Bedauern der japanischen Regierung wegen des Angriffs auf den amerikanischen Konsul in Mukden ausgesprochen.

Wie aus Mukden gemeldet wird, sind die beiden japanischen Soldaten, die den Angriff auf den amerikanischen Konsul verübt hatten, wieder in ihren Truppenteil eingereiht worden. Der japanische Konsul in Mukden erklärte, er habe am Montag dem amerikanischen Generalkonsul sein tiefstes Bedauern über den Zwischenfall ausgesprochen. Dies könne als Entschuldigung angesehen werden oder nicht. Die Untersuchung wird übrigens nicht durch die japanische Militärbehörde, sondern durch die Gendarmerie geführt.

Staatssekretär Stimson teilte dem japanischen Botschafter mit, daß das Staatsdepartement den Bericht des diplomatischen Vertreters der Vereinigten Staaten in der Mandschurei über den Mukdener Zwischenfall abwarte. Im Gegensatz zum japanischen Außenministerium betrachtet also das amerikanische Staatsdepartement den Zwischenfall als noch nicht erledigt.

Vor neuen Kämpfen in der Mandschurei.

Japanischer Vormarsch von Kirin nach Süden.

Die japanischen Truppen haben von Kirin aus den Vormarsch in südlicher Richtung angetreten. Sie beabsichtigen, sich mit den in Schanghaikwan liegenden japanischen Truppen zu vereinigen, die nach Ankunft japanischer Kriegsschiffe bedeutend verstärkt worden sind. Die Meldungen aus dem Fernen Osten bringen die Befürchtung neuer Kämpfe zum Ausdruck.

Ein Zusammenstoß der Japaner mit starken chinesischen Truppen in der Nähe von Schanhaikwan wird als unvermeidlich angesehen. General Honjo teilte mit, daß er einen neuen

Vernichtungsfeldzug gegen das Bandenunwesen

eingeleitet habe und hierbei von den unabhängigen Provinzregierungen in Kirin und Mukden unterstützt werde. Den Bandenführern sei freies Geleit und Anstellung im Falle ihrer Übergabe zugesichert worden. Zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen japanischen Truppen und chinesischen Truppen kam es in Hsinminfu, das von Chinesen geplündert wurde. Dabei wurden fünf Japaner und acht Chinesen getötet.

Der Mukdener Zwischenfall für Washington noch nicht erledigt.

Staatssekretär Stimson teilte dem japanischen Botschafter mit, daß das Staatsdepartement den Bericht des diplomatischen Vertreters der Vereinigten Staaten in der Mandschurei über den Mukdener Zwischenfall abwarte. Im Gegensatz zum japanischen Außenministerium betrachtet also das amerikanische Staatsdepartement den Zwischenfall als noch nicht erledigt.

Japanischer Vormarsch nach Süden.

Vor neuen Kämpfen?

Die japanischen Truppen haben von Kirin aus den Vormarsch in südlicher Richtung angetreten. Sie beabsichtigen sich mit den in Schanhaikwan liegenden japanischen Truppen zu vereinigen, die nach Ankunft japanischer Kriegsschiffe bedeutend verstärkt worden sind. Die Meldungen aus dem fernen Osten bringen die Befürchtung neuer Kämpfe zum Ausdruck. Ein Zusammenstoß der Japaner mit starken chinesischen Truppen in der Nähe von Schanhaikwan wird als unvermeidlich angesehen.

England marschiert in Indien.

Der neueste Präsident nach fünf Amtsstunden verhaftet.

Das englische Militär in Indien entwickelt angesichts der gespannten Lage eine verschärfte Tätigkeit, um Ausschreitungen von vornherein zu verhindern. Das Flaggschiff „Effingham" setzte in Chittagong eine Abteilung Matrosen und ein Schiffsgeschütz an Land. Es folgte ein Marsch durch die Straßen der Stadt, an dem auch Mannschaften der englisch-indischen Armee und Polizei teilnahmen. Ein schottisches Bataillon setzte sich von Poona nach Sholapur in Marsch, um von dort aus einen großen Marsch durch die am dichtesten bevölkerten Gebiete auszuführen und die englische Flagge zu zeigen.

Der neue Präsident des Allindischen Kongresses, Dr. Ansari, der Nachfolger Patels und Prasads, ist nach fünf Stunden Amtszeit ebenfalls verhaftet worden.

In Bombay wurden 10 000 Kongreßfreiwillige in die Listen eingetragen. Für den Fall, daß jeden Tag ein Kriegsrat verhaftet werden sollte, sind bereits 60 „Kriegsräte" gebildet worden, so daß die Kriegsräte mindestens für zwei Monate reichen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 6. Januar 1932.

Schlachttag.

Nach Martini ist gut schlachten, besagt eine alte Regel, aber davon abgesehen, ist der Schlachttag dadurch ausgezeichnet, daß er an keinen festen Termin gebunden ist, sondern reihum geht. Wer viele gute Nachbarn und einen widerstandsfähigen Magen hat, der kann dieses fröhliche Fest im Laufe des Winters ein dutzendmal oder noch öfter feiern, nur muß er sich dabei in acht nehmen. „Lang nur zu, Vetter," heißt vielfach die freundliche Einladung, „du wirst mir heut nichts schuldig!" Das bedeutet nämlich, daß man sich vorbehält, das, was einem der Vetter abfuttert, wieder zuzufuttern, wenn die Reihe zum Einladen an ihm ist, und ebensoviele Male, wie man selbst reihum ißt, hat man sich Gäste zum eigenen Schlachten einzuladen oder eigentlich noch mehr. Denn dann kommen auch die Gäste aus der Stadt dazu, die zu Hause nichts zu schlachten haben; außerdem erscheinen aus dem Dorfe allerhand Jugendliche, die es sich nicht entgehen lassen wollen, bei diesem üppigen Schmause mitbedacht zu werden und die dann auch ihr Teil Metzelsuppe mit Wellfleisch oder Grützsuppe mit Beutelwurst vergnügt genehmigen, nachdem man sie zuerst mit einer Wurst mit Sägemehlfüllung gefoppt oder ihnen in den mitgebrachten Topf die Gurgel und die Galle geschmuggelt hat.

Ein richtiges Schlachtessen ist fett und reichlich, darum muß der Magen mit geeignetem Getränk geschmeidig erhalten werden, und meist stärkt man sich schon, wenn frühmorgens der Schlächter ins Haus kommt, mit einem entsprechend kräftigen und mit altem Korn angefeuchteten Frühstück. Der Schlächter hat um diese Zeit alle Hände voll zu tun und kommt viel herum, darum steckt er voller Neuigkeiten und Späße. In manchen Gegenden ist er es dann auch, der beim abendlichen Hauptschmaus den ersten Vers des „Metzelsuppenliedes" anstimmt, von dem eine der bekanntesten Fassungen mit dem Lobe des Borstentieres anhebt:

Die Sau, das Schwein,
Ist rauh, ist fein!

Und dann geht es hoch her. Eigentlich hat es das Schlachtfest auf dem Gewissen, daß der deutsche Bauer ganz zu Unrecht als ein gewaltiger Esser vor dem Herrn verschrien worden ist. Denn bei dieser Gelegenheit wird einmal wirklich nicht gespart, sondern, wie es der Dichter Otto Ernst so schön gesagt hat, es muß ausnahmsweise auch einmal die pedantische Ordnung des Verdauungssystems gestört werden.

Aber wer, wozu manche fremden Gäste geneigt sind, danach die allgemeine Lebenshaltung unserer Landbevölkerung beurteilt, der irrt sich gewaltig. So leben sie nicht alle Tage, sondern nur, weil es Schlachtfest ist und hier das tüchtige Einhauen in die leckeren Gaben nach alter Sitte dazu gehört. Schon am nächsten Tage macht die Frau des Hauses einen genauen Überschlag über die neuen Würste, Schinken, Speck- und Rauchfleischseiten, die in der Räucherkammer hängen, und die in sehr abgemessener Einteilung lange Monate reichen müssen. Das überrechnet sie, während sie am anderen Tage noch Pakete zurechtmacht für alle die Verwandten und Bekannten und die Gaben austeilt für die Ortsarmen, die auch wissen müssen, daß Schlachtfest gewesen ist.

—* **Genehmigungsverfahren für ausländische nichtlandwirtschaftliche Arbeiter für das Jahr 1932.** Das Landesarbeitsamt Westfalen teilt mit: Die für das Jahr 1931 erteilten Beschäftigungsgenehmigungen für ausländische nichtlandwirtschaftliche Arbeiter sind am 31. 12. 1931 ungültig geworden. Soweit Arbeitgeber in Industrie, Bergbau, Gewerbe und Hauswirtschaft aus besonderen Gründen im Jahre 1932 noch ausländische genehmigungspflichtige Arbeiter beschäftigen wollen, haben sie spätestens bis zum 20. Januar 1932 erneut einen diesbezüglichen Antrag auf dem vom Landesarbeitsamt herausgegebenen Formular zu stellen. Formulare können durch das zuständige Arbeitsamt bezogen werden. Das ausgefüllte Formular ist an das zuständige Arbeitsamt unter Beifügung einer Einschreibegebühr von 50 Pfennig für jeden beantragten ausländischen Arbeiter einzusenden. Für verspätet eingehende Anträge ist lt. Gebührenordnung neben der Einschreibe- und Genehmigungsgebühr eine besondere Gebühr von 50 Pfennig für jeden Ausländer zu entrichten. Ausgenommen sind Fälle, in denen sich das Bedürfnis ausländische Arbeiter einzustellen, innerhalb der für die Einreichung der Anträge vorgesehenen Frist — also bis zum 20. Januar 1932 — nicht übersehen ließ. In diesen Fällen muß die Genehmigung grundsätzlich vor Einstellung des Ausländers, soweit dies ausnahmsweise nicht möglich ist, spätestens binnen 8 Tagen nach erfolgter Einstellung, beantragt werden. Ausländische Arbeiter, die einen gültigen Befreiungsschein besitzen, sind von der Genehmigungs- und Legitimierungspflicht befreit.

—* **Der Saisonausverkauf** beginnt am Montag, 11. Januar. Er dürfte in diesem Jahre nach der Preissenkung besonders günstige Einkaufsmöglichkeiten bieten. Sein Ende findet der Ausverkauf am Samstag, 23. Januar.

—* **Ein besserer Schutz des Wildbestandes gegen Wilddiebereien** soll durch Verschärfung der Kontrolle über den Verkehr mit Wild herbeigeführt werden. Da das unrechtmäßig erworbene Wild meistens nicht zur Versendung kommt, sondern unmittelbar an den Abnehmer abgesetzt wird, ist der polizeiliche Ursprungsschein bei den wichtigeren Wildarten (Elch- und Rehwild usw.) zukünftig nicht nur bei dem zu verschickenden Wilde, sondern auch bei dem Verkauf an den Wildhändler oder Gastwirt vorgeschrieben. Zudem haben die Wildhändler und alle Gewerbetreibenden, die Wild der bezeichneten Art erwerben, ein Wildhandelsbuch nach einem bestimmten Muster zu führen. Zuwiderhandlungen sind mit hohen Strafen bedroht. Die erlassene ministerielle Anordnung trat bereits am 1. Jan. 1932 in Kraft.

—* **Abbau der Pfändungsgrenze vorläufig verhindert!** Die „Anpassungsverordnung" vom 23. Dezember zur Notverordnung bringt u. a. eine Verlängerung des jetzigen Lohnpfändungsrechtes bis 30. Juni 1932. Damit sind die Bestrebungen, höhere Beträge der durch die Krise schon stark heruntergegangenen Löhne und Gehälter als bisher für Pfändungen frei zu bekommen, vorläufig gescheitert.

—* **Erhöhte Umsatzsteuer ab 1. Januar. Erlaß über die Befreiungen.** Der Reichsfinanzminister hat über die Aenderungen des Umsatzsteuergesetzes einen Erlaß herausgegeben, in dem es u. a. heißt: Von den Aenderungen, die das Umsatzsteuergesetz durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erfahren hat, treten am 1. Januar 1932 nur die Vorschriften über die Höhe der Steuersätze und die Ermächtigung zur Phasenpauschalierung in Kraft. Nach der Uebergangsbestimmung finden entsprechend der Regelung bei den früheren Erhöhungen des Steuersatzes — die höheren Steuersätze von 2 und 2½ v. H. nur auf Umsätze Anwendung, bei denen sowohl die Vereinnahmung des Entgelts als auch die Leistung nach dem 31. Dezember liegen.

Kalenderreform.

Der Völkerbund soll helfen — —

Noch immer hat der Kalender, mit dem wir uns jetzt zu Beginn eines neuen Jahres wieder beschäftigen, seine altgewohnte Einteilung. Betrübt haben die Kalenderreformer wieder ein Jahr abgeschlossen, das sie der Erfüllung ihrer Hoffnungen nur wenig näher brachte. Die Männer, die sich diesseits und jenseits unserer Grenzen seit Jahrzehnten eine Reform des Gregorianischen Kalenders in den Kopf gesetzt haben und dieses Ziel ungeachtet aller Rückschläge und Enttäuschungen mit beharrlicher Energie weiterverfolgen, haben natürlich einen schweren Stand. Soll doch eine Einrichtung von Grund auf geändert werden, die sich in einer jetzt 350 Jahre alten Überlieferung — der Gregorianische Kalender besteht seit 1582 — im kulturellen und besonders im religiösen Leben der Völker fest verankert hat und tagtäglich auch dem Leben des einzelnen ihren Stempel aufdrückt. Die Reformbedürftigkeit unseres Kalenders glaubt man im wesentlichen mit der ungleichen Länge der Monate beweisen zu können, die Unregelmäßigkeiten im monatlichen Geldverkehr, bei Abrechnung, Statistiken usw. zur Folge habe, mit dem Schwanken der beweglichen christlichen Feste, besonders des Osterfestes und des Pfingstfestes, sowie schließlich mit dem Umstand, daß jetzt die Daten nicht jedes Jahr gleichbleibend mit den gleichen Wochentagen zusammenfallen. Der Völkerbund hat sich schon mehrfach mit den Kalenderreformplänen beschäftigt, zuletzt vor einigen Wochen auf einer seiner Verkehrskonferenzen. Der Bericht über die Verhandlungen der Oktoberkonferenz zur Kalenderreform ist auch auf die Tagesordnung der am 25. Januar beginnenden Tagung des Völkerbundrates gesetzt worden. Die Deutsche Reichsbahn, die auf dieser Konferenz gleichfalls vertreten war, steht einer Umgestaltung nicht unsympathisch gegenüber, weil ihr die Beweglichkeit verschiedener Feste zahlenmäßige Vergleiche über die Verkehrsentwicklung in den gleichen Zeiträumen aufeinanderfolgender Jahre sehr erschwert, ein Übelstand, der sich auch allgemein in der Wirtschaft bemerkbar macht. Die Festlegung sämtlicher Festtage würde natürlich die betrieblichen und verkehrsmäßigen Vorbereitungen für den Festtagsverkehr bei Eisenbahn, Post usw. wesentlich vereinfachen.

Von den vielen Reformvorschlägen, die im Laufe der letzten Jahrzehnte auftauchten, ist u. a. derjenige zu nennen, der das Jahr in 52 Wochen zu je sieben Tagen einteilen will. Damit bleibt aber in jedem Jahr der 365. Tag und in jedem vierten Jahr dazu noch ein weiterer Tag übrig, die dann beide gewissermaßen im luftleeren Raum hängen. Hier will man sich dadurch helfen, daß man diese Tage als namenlose Feiertage ansieht. Die sehr starken Widerstände gegen eine Kalenderreform mit Festlegung der beweglichen Feiertage gehen nicht zuletzt von kirchlicher Seite aus. Auch viele andere Kreise lehnen die ganze Reform ab. Selbst auf der Verkehrskonferenz in Genf mußten die Reformer zu ihrem Schrecken feststellen, daß die Vertreter einer ganzen Reihe von Ländern wenig Interesse an den Plänen hatten; der Völkerbund will sie dessenungeachtet weiterverfolgen.

Das Grubenunglück bei Beuthen.

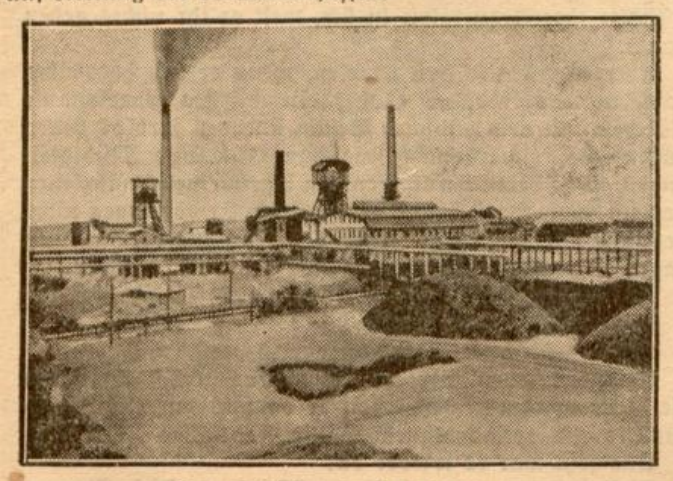
14 Bergleute verschüttet.

Auf der Karsten-Zentrums-Grube bei Beuthen erfolgte ein heftiger Gebirgsschlag, der in der 774-Meter-Sohle eine Vorrichtungsstrecke und zwei benachbarte Abbaustrecken in Mitleidenschaft zog und einen größeren Bruch verursachte, durch den

15 Bergleute abgeschnitten

wurden. Nach kurzer Zeit konnte ein Förderraum unverletzt geborgen werden. Etwa zwei Stunden später erfolgte ein zweiter Gebirgsschlag, der die Rettungsarbeiten stark gefährdete. Die vierzehn verschütteten Bergleute, mit denen keine Verbindung aufgenommen werden konnte, dürften den Tod gefunden haben.

Die Karsten-Zentrums-Grube liegt ziemlich weit außerhalb der Stadt Beuthen in dem früher selbständigen Vorort Karf. Die eingestürzte Strecke befindet sich abseits des Grubenzentrums; auf ihr arbeiteten glücklicherweise nur verhältnismäßig wenig Leute. Die Stelle, an der die 14 Bergleute verschüttet worden sind, ist genau bekannt. Trotzdem blieben alle Versuche, dorthin vorzudringen, erfolglos. Ungeheure Gesteinsmassen erschwerten den Rettungskolonnen den Weg. Dazu kommt, daß die Bergungsmannschaften selbst in ständiger Gefahr waren, von nachstürzendem Gestein verschüttet zu werden. Vor dem Grubentor hatten sich zahlreiche Personen eingefunden, vor allem die Angehörigen der Vermißten, die immer noch auf Rettung der 14 Mann hoffen.



Die Unglücksgrube bei Beuthen.

Keine Hoffnung mehr auf Rettung.

Auf der Unfallstelle der Karsten-Zentrums-Grube gehen die Bergungsversuche bei aller Aufopferung von Rettungsmannschaften und Führern nur außerordentlich langsam vorwärts. Da das Gebirge immer noch in Bewegung ist, muß mit größter Vorsicht gearbeitet werden.

Daß die eingeschlossenen 14 Bergleute sämtlich den Tod gefunden haben, steht nach sachverständiger Ansicht nunmehr außer Zweifel. Es wird sich nur noch darum handeln, die Leichen der Verunglückten zu bergen.

Noch immer Hochwassergefahr

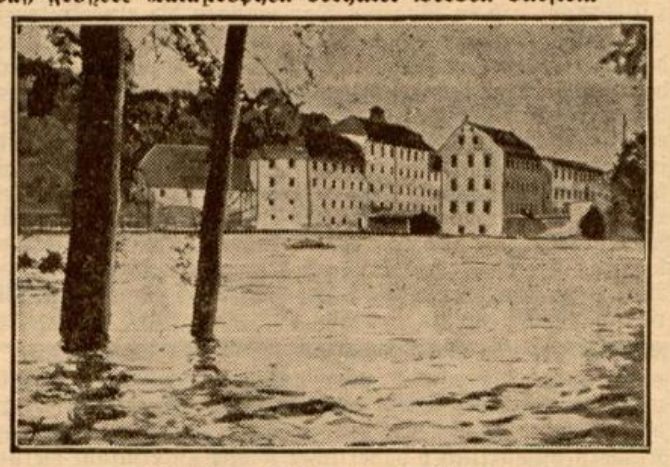
Steigende und fallende Wasser.

Ein Todesopfer des Harzhochwassers.

Die Hochwassergefahr, die infolge plötzlicher Schneeschmelze und starker Regenfälle in einem großen Teile Deutschlands eingetreten war, scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Es wird allerdings noch aus verschiedenen Gegenden über ein

Steigen der Wasserfluten

berichtet, aber im allgemeinen kann wohl gesagt werden, daß größere Katastrophen verhütet werden dürften.



Überflutete Uferstraßen in Görlitz.

Auf der Weser sind die Höchstwasserstände erreicht; trotzdem macht sich im Gebiete der mittleren Weser noch ein Steigen der Fluten bemerkbar. Ein Steigen des Wassers wird auch aus dem Muldegebiete berichtet. Mehrere Ortschaften sind zum Teil überflutet. In Flöha und Erdmannsdorf in Sachsen sind Dammbrüche eingetreten.

Der Harz besonders schwer betroffen.

Nach einer Meldung aus Goslar hat das Hochwasser des Grumbaches viele Brücken weggeschwemmt. Der Schaden an den Grundstücken ist noch nicht zu übersehen. Der reißende Bach brachte Holz, Tannen mit Wurzeln und Zweigen zu Tal. Ein Mühlenbesitzer ertrank in den Fluten, da die Brücke, auf der er mit mehreren Personen stand, von dem Strom weggerissen wurde. Die übrigen Personen konnten sich retten. In Goslar haben die Greifwerke schwer unter dem Hochwasser der Gose zu leiden. Das Mauerwerk der Fabrik mußte mit Sandsäcken geschützt werden. Teilweise sind die Backsteinmauern unterwaschen.

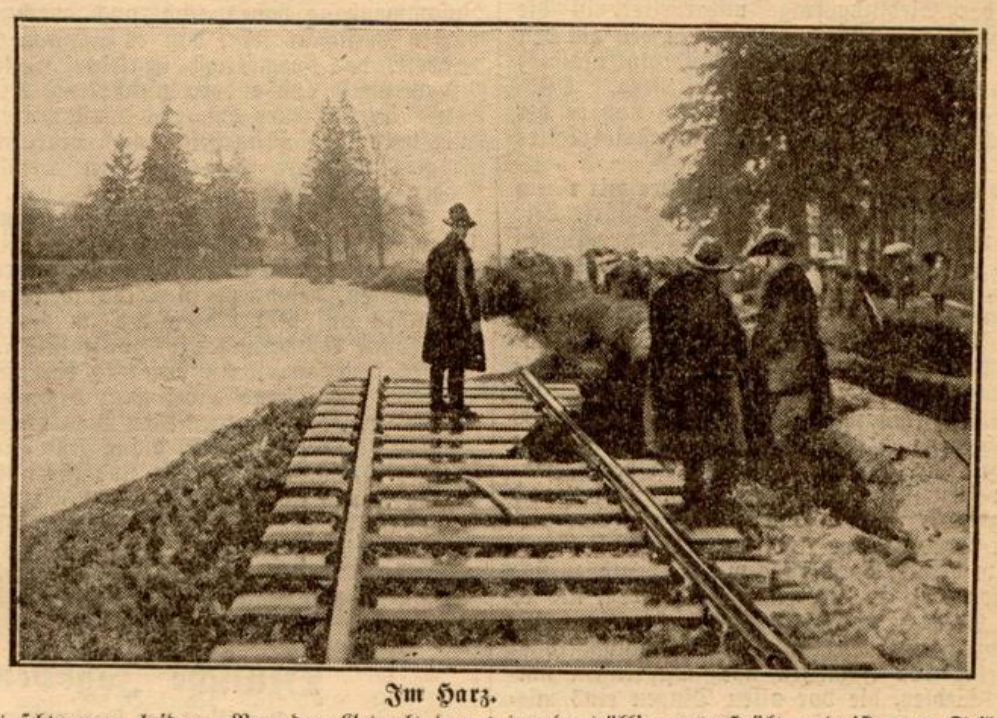
Diesen schlimmen Nachrichten gegenüber stehen günstiger lautende Meldungen aus anderen deutschen Landesteilen. So scheint vor allem

im Rheingebiete keine Hochwassergefahr mehr

zu bestehen. Von den obersten Oberrheinstationen wird bereits wieder ein Fallen des Wassers gemeldet. Die Flutwelle des Hochwassers am Oberrhein und der Flüsse Main, Lahn und Mosel scheint sich zu verlieren, ohne daß für den Mittel- und Niederrhein ernstere Befürchtungen zu hegen sind. Der Hochwassernachrichtendienst bleibt jedoch für alle Fälle noch in Tätigkeit.

Obersteiermark unter Wasser.

Nach Berichten aus Obersteiermark sind die Gebirgsbäche des Hochschwabgebietes aus den Ufern getreten und führen Geröll, Baumstämme und ganze Hütten mit sich zu Tal. Wiesen, Acker und Straßen sind durch die Fluten bedroht. Mehrere Ortschaften stehen unter Wasser.



Im Harz.

Auch der Harz hat schwer zu leiden. Von der Gewalt der Fluten gibt unsere Aufnahme einen Eindruck. Der Bahndamm der Strecke Goslar—Lautenthal—Clausthal im Harz wurde völlig unterspült und ist zum Teil eingestürzt. Der Verkehr wird durch Autobusse aufrechterhalten.

Der Krieg der Gläubiger und Schuldner.

Die Politik des „Rette sich, wer kann."

Der Halbjahresbericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G., Berlin, über Deutschlands wirtschaftliche Lage schließt mit einem Ausblick, der die Ergebnisse der Betrachtung zusammenfaßt und dabei unter anderem ausführt:

Unter dem außerordentlichen Druck der Panik hat die Anpassung der Warenwirtschaft an die veränderten Produktions- und Absatzverhältnisse in Deutschland und in vielen anderen Ländern schnelle Fortschritte gemacht. Produktion und Preise sind überall stark gesunken. Die Vorräte sind, da die Produktion zumeist stärker gesunken ist als der Verbrauch, zurückgegangen, wurden zugleich stärker in den Händen der Erzeugung zusammengezogen und sichtbarer. Aber die Panik, die die Anpassung im Warenverkehr beschleunigt hat, hat die Anpassung der Kapitalkosten unterbrochen und eine Rückentwicklung eingeleitet. In Deutschland ist an der Jahreswende durch gesetzliche Bestimmung für die bestehende langfristige Verschuldung an das Inland eine Anpassung vorgenommen worden.

Die Kosten jeder neuen Kapitalbeschaffung und der kurzfristigen Kredite liegen dagegen — wegen der Abhängigkeit von dem gegenwärtigen Verhältnis von Angebot und Nachfrage — erheblich höher als jemals seit vielen Jahren. In der Kapitalversorgung ist nicht nur die Anpassung an die veränderten Produktions- und Absatzverhältnisse unterblieben, sondern ist ein empfindlicher Rückschritt eingetreten. Es fehlt auch noch die endgültige Anpassung der politischen Schuldenlasten an die veränderten Größenordnungen.

Der Krieg, der im vergangenen Jahre zwischen Gläubigern und Schuldnern aller Art und in allen Ländern ausgebrochen ist, macht eine Belebung des Warenaustausches unmöglich, die stets die Folge der Anpassung gewesen ist. Die Völker der Welt und innerhalb eines jeden Volkes die einzelnen Wirtschaftseinheiten stehen sich untätig gegenüber, lieber bereit, auf einen beträchtlichen Teil ihres Wohlstandes zu verzichten, als sich die Hände zu reichen und die Produkte, die sie ohne Mühe mit Hilfe der vorhandenen Einrichtungen erzeugen können, miteinander auszutauschen. Es war das weltgeschichtliche Verdienst des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der Panik die Politik der Zusammenarbeit entgegenzustellen. Sein Vorschlag war nicht nur geeignet — zunächst für ein Jahr — eine materielle Entlastung der am meisten bedrängten Schuldner herbeizuführen, er hätte der Ausgangspunkt einer neuen Politik weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit und politischer Beruhigung werden, der Welt die Hoffnung zurückgeben können, daß die Logik der wirtschaftlichen Tatsachen sich durchsetzen werde. Die Schwierigkeiten jedoch, die seiner Ingangsetzung bereitet wurden, ließen die Hoffnungen auf die Zusammenarbeit in fast allen Ländern schwinden. Der Krieg der Gläubiger und Schuldner erschwert erst recht die Verfügung über ausgeliehenes Kapital, weil er es unmöglich macht, Kapital fruchtbar zu machen.

Da die Wirtschaft eines jeden Landes und der Wohlstand der Welt auf Arbeitsteilung und Ergänzung aufgebaut ist, gibt es nur eine Möglichkeit, Gläubigern wie Schuldnern zu ihrem Rechte zu verhelfen — die mutige Abkehr von der Politik des „Rette sich, wer kann", die Rückkehr zur Zusammenarbeit. Nur wenn neue Werte geschaffen werden, können sie übertragen werden.

Entschlossene Konsolidierung der Schulden unter Bedingungen, die ihre Abtragung ermöglichen, bringt die Gläubiger auf dem Wege der Ablösung früher und sicherer in den Besitz ihres Kapitals als irgendwelche Pfänder oder Repressalien. Entschlossene Aufgabe der Reparationen, die zum Signal einer neuen Periode der Zusammenarbeit wird, bringt den Völkern einen größeren Gewinn, als sie durch Festhalten an vermeintlichen, aber nicht mehr erfüllbaren Ansprüchen je erzielen können.

Der Ausbau der Winterhilfe.

Kohlenverbilligung für die hilfsbedürftige Bevölkerung.

Im Rahmen der Winterhilfe hat die Reichsregierung weitere Mittel zur Verfügung gestellt, um für die nächsten Monate neben der seit Mitte Dezember im Gange befindlichen Fleischverbilligung eine Kohlenverbilligung für die hilfsbedürftige Bevölkerung durchzuführen. Zur Teilnahme an der Kohlenverbilligung sind berechtigt alle Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, die Familienzuschläge erhalten, ferner die von der öffentlichen Fürsorge laufend als Hauptunterstützte in offener Fürsorge Unterstützten, die einen eigenen Haushalt führen, und schließlich Empfänger der Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz, soweit sie einen eigenen Haushalt führen und ausschließlich auf Rente und Zusatzrente angewiesen sind. Das Verfahren ist in ähnlicher Weise geregelt wie bei der Fleischverbilligung. Es werden

Bezugsscheine ausgegeben,

die nicht übertragbar sind, und zwar für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge durch die Arbeitsämter, für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen und für die Empfänger von Zusatzrente nach dem Reichsversorgungsgesetz durch die Dienststellen der öffentlichen Fürsorge.

Bezugsstellen für verbilligte Kohlen

sind alle Kohlenverkaufsstellen, die sich bereiterklären, den Bezugsschein in Zahlung zu nehmen und den sonst

—* **38. (264). Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Die beiden Hauptgewinne von je 100 000 RM fielen in der am 16. und 17. Dezember stattgefundenen Ziehung 3. Klasse auf Nr. 265653 in den beiden Abteilungen 1 und 2. — Im neuen Jahre findet die erste Ziehung, und zwar der 4. Klasse, am 13. und 14. Januar statt. Dabei kommen neben vielen anderen großen Treffern wieder 2 Hauptgewinne von je 100 000 RM zur Ausspielung. Die Erneuerung der Lose zur 4. Klasse muß planmäßig bis zum 6. Januar 19 Uhr bei Verlust des Anrechts in der zuständigen Lotterie-Einnahme geschehen. Für neu eintretende Spieler sind Kauflose in allen Abschnitten zu haben.

Halver

—)(Zur ersten diesjährigen **Chorstunde** waren am Dienstag abend die Mitglieder des **Evangelischen Kirchenchores Halver** fast vollzählig erschienen. Herr Pfarrer Dr. Große-Dresselhaus als Vorsitzender entbot allen Sängerinnen und Sängern die besten Segenswünsche fürs neue Jahr und sprach dann von der Einführung des neuen Gesangbuches in unserer Gemeinde. Eine Hauptaufgabe des Chores sei es nun im laufenden Jahre, daß die neue Melodie recht bald heimisch unter den Gemeindegliedern würden. Dies könne geschehen durch Chorgesang sowohl wie durch jedes einzelne Mitglied als Teilnehmer an den Gottesdiensten. Der Chor probte anschließend die Lieder: „Wie schön leuchtet der Morgenstern" und „Ach bleib mit deiner Gnade" nach der neuen Singweise. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde mitgeteilt, daß die nächste Chorstunde wegen der Filmvorführung „Die Wunder der Sternenwelt" ausfallen müsse. Die diesjährige Generalversammlung findet am Dienstag, 19. Januar, abends 8 Uhr statt.

—=) Die **Nachbarschaft Kreisch** hält am kommenden Sonntag ihre diesjährige Hauptversammlung ab, worauf die Mitglieder noch besonders aufmerksam gemacht werden. (Siehe heutige Anzeige.)

Kierspe

—s **Vorstand und Vorturnerschaft des Tv. Kierspe** hatten sich zu einer Versammlung im Gasthof Plate eingefunden. Der 1. Vorsitzende Albert Vollmann eröffnete mit Begrüßungsworten die Versammlung. Die Beratungen hatten den Zweck, den Gerätewettkampf in seinen Einzelheiten durchzuberaten. Man einigte sich dahin, daß der Wettkampf am 24. d. M. stattfinden soll und zwar um 2 Uhr nachmittags in der Kuhbierschen Festhalle. Als Kampfrichter fungieren die Bezirksoberturnwarte Emil Höppel-Hüinghausen, Otto Keim-Augustenthal und Emil Seckelmann-Altena. Der Eintrittspreis für nummerierte Plätze wurde auf 50 Pfg. festgesetzt. Die Pausen des Wettkampfes werden durch Vorführungen der hiesigen Turnerinnen-Abteilung ausgefüllt. Den Abschluß bildet nach der Ehrung der Siegermannschaft ein kleines Theaterstückchen. Eine aus 7 Turnern bestehende Kommission übernimmt die weiteren Vorbereitungen des Wettkampfes. — Die diesjährige Generalversammlung soll erst nach dem Gerätewettkampf stattfinden. — Ueber eine eventuelle Herabsetzung des Beitrages sollen der Generalversammlung Vorschläge unterbreitet werden. — Die Gemeindevertretung soll gebeten werden, die vorhandenen Vertiefungen auf dem Sportplatz durch Wohlfahrts-Erwerbslose ausbessern zu lassen.

—b Daß nach der plötzlichen Schneeschmelze eingetretene **Hochwasser** hat auch in der hiesigen Gemeinde Schaden angerichtet. Die Vollme ist so weit über ihre Ufer getreten, daß sie Gärten und Wiesen überschwemmt und Schäden angerichtet hat. Im Kerspetal wurde von dem Hochwasser die Brücke zwischen M.-Schmidthausen und Löh derart beschädigt, daß das Gewölbe eingestürzt ist und der Verkehr dadurch unterbrochen wurde. Seitens der Bauverwaltung sind sofort die notwendigen Arbeiten eingeleitet worden, um diesen Schaden zu beheben.

Kierspe-Bhf.

—b Wir berichteten in einer unserer letzten Nummern über die mangelnde Beachtung der Vorsichtsmaßregeln an dem an der Straße Wildenkuhlen—Bordinghausen aufgeworfenen Wasserleitungsgraben. Ergänzend teilen wir dazu mit, daß es sich hierbei nicht um eine gemeindliche Verletzung der Vorschriften handelt, sondern daß der betreffende Privatbesitzer die Beleuchtung und Abdeckung nicht vorgenommen hat. Inzwischen hat aber bereits die Bauverwaltung die erforderlichen Schritte unternommen, sodaß der Uebelstand beseitigt ist, was im Interesse des Verkehrs zu begrüßen ist.

Rönsahl

—e Am morgigen Donnerstag, dem 7. Januar, vollendet die Ehefrau Auguste Clever zu Bürhausen in geistiger und körperlicher Frische ihr 78. Lebensjahr und entbieten wir diesem hochbetagten Geburtstagskinde unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Am 14. Dez. des Jahres 1929 war es den Eheleuten Clever vergönnt, das seltene Fest der goldenen Hochzeit zu begehen.

—r In der **Sitzung der Gemeindevertretung,** die am 4. d. M. unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Buchholz und im Beisein des Bürgermeisters Hiltebrandt stattfand, wurden verschiedene Unterstützungssachen erledigt. Außerdem wurden die vorzunehmenden Wege- und Waldarbeiten für die nächste Zeit festgesetzt. Eine Erhöhung der Steuer wurde abgelehnt. Der Haushaltsplan 1932 konnte noch in verschiedenen Abschnitten gekürzt werden. Er beläuft sich jetzt in Ausgabe und Einnahmen auf rd. 59 500 RM. Der Brandwache, die anläßlich des letzten Brandes in Oberheuckelbach notwendig war, wurde die übliche Entschädigung bewilligt. Die Straßenlampe bei Reininghaus soll wieder in Ordnung gebracht werden, dagegen kann die bei Ising ausfallen. Die Steuersachen sollen in einer besonderen Verhandlung erledigt werden.

*

Breckerfeld. Die Versetzung des Lehrers Berkenkamp aus Gevelsberg nach hier ist rückgängig gemacht worden. Dafür ist die freie Schulstelle ab 1. Januar 1932 von der Regierung zu Arnsberg dem Lehrer Wilhelm Goltze aus Gevelsberg endgültig übertragen worden.

Attendorn. Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Amte Attendorn. Ausgehend von dem Gedanken, daß die beste Fürsorge für die Erwerbslosen die Schaffung von Arbeitsmöglichkeit ist, bemüht sich die Amtsverwaltung zur Zeit um die Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Es sind vorläufig 10 Projekte zur Anlage von Sportplätzen und Wegen aufgestellt. Zu diesen Arbeiten haben sich bereits annähernd 200 Erwerbslose gemeldet. Die zu Beschäftigenden müssen Erwerbslosen- oder Krisenunterstützungsempfänger sein, aber auch die Jugendlichen unter 21 Jahren, welche diese Unterstützungen nicht beziehen können, sind zugelassen. Die Arbeitswilligen erhalten einen gleichmäßigen Lohn in Höhe von 12 RM wöchentlich. Die Erwerbslosen- bezw. Krisenunterstützung kommt selbstverständlich für die Dauer der Beschäftigung, die höchstens 20 Wochen erfolgen darf, in Fortfall. Diese ganze Zeitdauer hindurch werden die Arbeitswilligen auch dann beschäftigt und entlohnt, wenn sie beim Weiterbezuge der Unterstützung zu einem früheren Zeitpunkte ausgesteuert sein würden. Die Arbeitsdienstleistung ist also für diejenigen Erwerbslosen, die vor der Aussteuerung stehen, und für die Jugendlichen besonders vorteilhaft. Die Vorbereitungen sind soweit gediehen, daß wahrscheinlich in aller Kürze mit den Arbeiten begonnen werden kann. Es ist zwar noch die Genehmigung des Landesarbeitsamtes abzuwarten, mit deren Erteilung aber bestimmt gerechnet werden kann, da es sich um gemeinnützige Unternehmen handelt. Die Ausführung weiterer Projekte durch die Gemeinden des Amtes Attendorn wird voraussichtlich folgen. Die Einrichtung des Arbeitsdienstes ist im Interesse der Erwerbslosen, aber auch im öffentlichen und wirtschaftlichen Interesse — es werden etwa 50 000 RM aus Reichsmitteln in den Amtsbezirk fließen — zu begrüßen. Zugleich kann dadurch die vordringliche Aufgabe einer wirksamen Betreuung der arbeitslosen Jugend am zweckmäßigsten gelöst werden.

Kriminalpolizist erschießt einen Kassenräuber.

Auf der Zeche „Teutoburgia" 1200 RM geraubt. Aufregende Flucht in der Elektrischen.

Bochum. 4. Jan. In der Mittagszeit des heutigen Tages drang ein maskierter Mann mit vorgehaltener Pistole in den Kassenraum des Verwaltungsgebäudes der Zeche „Teutoburgia" bei Herne-Holthausen ein und zwang den Zechenbeamten, sich ruhig zu verhalten. Auf den Ruf „Komm herein!" erschien ein zweiter, mit einer Pistole bewaffneter Mann in dem Raum, hielt den Zechenbeamten in Schach, während der erste einen Geldbetrag von über 1200 RM erbeutete und in eine Aktentasche versteckte. Mit der Aufforderung, sich still zu verhalten, und unter Drohungen verließen die Räuber alsdann das Zechengebäude. Der Zechenbeamte benachrichtigte in der Nähe befindliche Leute, die einen der Täter sofort verfolgten. Der Räuber sprang auf der Castroper Straße auf einen nach Herne fahrenden Straßenbahnwagen, eilte durch den Wagen zur vorderen Plattform und forderte hier einen dort stehenden, ihm bekannten Kriminalbeamten unter Vorhalten der Pistole auf, sich ruhig zu verhalten, da er sonst von ihm erschossen werde. Ein zweiter Kriminalbeamter, den der Täter jedoch nicht kannte, verließ sofort unbemerkt die vordere Plattform und eilte durch den Wagen zur hinteren Plattform, wo er mit dem inzwischen ebenfalls zurückgekehrten Räuber zusammentraf. Bei der Aufforderung des Kriminalbeamten: „Hände hoch, Kriminalpolizei!" hob der Räuber seine Waffe zum Schusse gegen den Kriminalbeamten. Dieser kam ihm jedoch zuvor und gab auf den Räuber einen Schuß ab, der ihn ins Herz traf. Der Räuber sank gleich zu Boden. Er war im Besitze einer mit sieben Schuß geladenen Pistole und einer Aktentasche mit dem aus der Zeche „Teutoburgia" geraubten Gelde. Der Täter ist sofort von den Beamten zum Krankenhaus geschafft worden. Auf dem Wege dorthin ist er verschieden. Bei dem Toten handelt es sich um den erheblich vorbestraften 31 Jahre alten Arbeiter Johann Thieroff aus Herne-Holthausen.

Bochum. Von einem umstürzenden Grabstein erschlagen. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf dem Ausstellungsgelände eines Bildhauers an der Castroper Straße. Ein siebenjähriger Schüler betrat mit seinem 12jährigen Bruder das eingefriedete Gelände. Der Jüngere wurde plötzlich von einem umstürzenden Grabstein zu Boden geworfen und geriet dabei mit dem Kopf unter den Stein. Der ältere Bruder konnte ihn aus dieser Lage nicht befreien und rief aus der nahe gelegenen elterlichen Wohnung Hilfe herbei. Als Angehörige herbeieilten, war jedoch der Tod bei dem Knaben schon eingetreten.

Minden i. W. Freitod eines Primaners. Auf der Köln-Mindener Eisenbahnstrecke wurde eine jugendliche, männliche Leiche gefunden, die später als der 17jährige Sohn des hiesigen Lokomotivführers Blase identifiziert werden konnte, der die Prima des Stadthagener Gymnasiums besuchte und das einzige Kind seiner Eltern ist. Wie wir zu dem Freitod des Verstorbenen noch erfahren, lag die Mutter des Schülers seit längerer Zeit schwerkrank an Krebs danieder und ist auch kurz nach dem Tode ihres Kindes gestorben. Der sterbenskranken Mutter war jedoch nichts von dem Selbstmord ihres Sohnes mitgeteilt worden. Es erscheint nun wahrscheinlich, daß dem Sohne der zu erwartende Tod der Mutter so zu Herzen gegangen ist, daß er sie nicht überleben wollte.

Gummersbach. Zwei Brände bei Gummersbach. Nachts brannte aus bisher unaufgeklärter Ursache die Möbelschreinerei Kölsche in Calsbach bei Kotthausen vollständig nieder. Schlimm betroffen ist ein Mieter, der einen Teil seiner Einrichtung in einigen Zimmern des Schreinereigebäudes untergebracht hatte. — In Mühlenseßmar-Gummersbach brannte ein Schuppen in der Mühlenstraße. Bevor das Feuer größeren Umfang angenommen hatte, konnte es durch Anwohner gelöscht werden, so daß die Feuerwehr nicht mehr in Tätigkeit zu treten brauchte.

Köln. Keine Hochwassergefahr mehr am Rhein. Nach den heute vorliegenden Meldungen über den Wasserstand des Rheines und seiner Nebenflüsse kann angenommen werden, daß Hochwassergefahr nicht besteht. Von den obersten Oberrhein-Stationen wird bereits wieder ein Fallen des Wassers gemeldet.

*

Jagdverpachtung in Wipperfürth

Die Beteiligung war sehr groß.

Das Ergebnis:

Jagdbezirk I, 560 Hektar. Der Bezirk liegt bei Hämmern, Wüstemünte, Ritzenhause bis zur alten Kölner Landstraße. Die 3 Höchstgebote lauten: 1070 RM Bitzer, Remscheid; 1060 RM Blombach, Remscheid; 1050 RM Bitzer, Remscheid.

Jagdbezirk II, 640 Hektar. Der Bezirk liegt bei Hilgersbrücke, Wipperfürth, B.-Gladbacher Landstraße, alte Kölner Straße, Kluse. Die 3 Höchstgebote: 820 RM Bitzer, Remscheid; 810 RM Kordt, Wipperfürth; 800 RM Bitzer, Remscheid.

Jagdbezirk III, 520 Hektar. Der Bezirk liegt bei Wipperfürth, Lüdenscheider Straße, Stauweiher, Niedergaul, Kohlgrube, B.-Gladbacher Straße. Die 3 Höchstgebote lauten: 710 RM Wilmes, Barmen; 700 RM Augustin, Barmen; 690 RM Wilmes, Barmen.

Jagdbezirk IV, 490 Hektar. Der Bezirk liegt bei Hämmern, Hombüchener Weg, Hasselbick, Berghof, Anschlag, Hückeswagener Straße. Die 3 Höchstgebote lauten: 940 RM Stein, Wermelskirchen; 930 RM Leo Wurth, Nieder-Röttenscheid; 920 RM Bockholt, Lennep.

Jagdbezirk V, 490 Hektar. Der Bezirk liegt bei der Lüdenscheiderstraße, Ohlstraße, Bergerhof, Hasselbick, Hambüchen, Neyebach, Gummersbacher Landstraße, Stauweiher. Die 3 Höchstgebote lauten: 1010 RM Augustin, Barmen; 1000 RM Kipper, Voßkuhle; 990 RM Augustin, Barmen.

Jagdbezirk VI, 545 Hektar. Der Bezirk liegt am Neyebach, Weg von Stootermühle, bei Egen, Gardeweg, an Forste vorbei. Die 3 Höchstgebote lauten: 1400 RM Hardt, Lennep; 1390 RM Fühler, Leverkusen-Küppersteg; 1380 RM Hardt, Lennep.

Jagdbezirk VII, 547 Hektar. Der Bezirk liegt an der Gemeindegrenze bei Stootermühle bis an den Weg von Vossebrechen nach Forste und von hier den Weg über Gardeweg, Egen, Güttenhausen. Die 3 Höchstgebote lauten: 1270 RM Hoffmann, Barmen; 1260 RM Göbel, Barmen; 1250 RM Bovermann, Barmen.

Jagdbezirk der kath. Kirchengemeinde, 91 Hektar. Der Bezirk liegt bei Schäferslöh. Die 3 Höchstgebote lauten: 500 RM Roth, Solingen; 490 RM Förster Natterer, Engelskirchen; 480 RM Walder, Lüttgenau.

Nah und Fern

Braunschweig. Ein Braunschweiger Bankhaus in Liquidation. Aus rationellen Gründen findet eine Vereinigung der Geschäfte des Bankhauses Lehmann, Oppenheimer & Sohn in Braunschweig, an dem die Commerz- und Privatbank AG. maßgebend kommanditistisch beteiligt ist, mit denen der Depositenkasse St inweg der Commerz- und Privatbank AG., vorm. Braunschweigische Bank und Kreditanstalt in Braunschweig statt. Die Commerz- und Privatbank errichtete in dem bisherigen Geschäftsraum eine Depositenkasse unter der Bezeichnung Commerz- und Privatbank AG., vorm. Braunschweigische Bank und Kreditanstal.. Die Firma Lehmann, Oppenheimer & Sohn tritt in Liquidation.

Ustrungen (Südharz). Landwirtschaftliches Anwesen eingeäschert. In Görsbach in der Goldenen Aue brach auf dem Gehöft des Landwirts Ludwid Bauer Feuer aus und in kurzer Zeit wurde die mit Getreide gefüllte Scheune ein Raub der Flammen. Auch das Wohnhaus, sowie der angrenzende Stall des Stellmachers Tölle wurden von den Flammen ergriffen. Doch gelang es der Feuerwehr, weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhindern. Ein gewaltiger Feuerschein verbreitete sich in der Goldenen Aue und die Glocken gaben das Feuersignal. Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

Hameln. Hochwasserschutz der Technischen Nothilfe. Infolge der ansteigenden Hochwassergefahr in Hameln wurde auf Anordnung des Magistrats und der Feuerwehr der Stadt Hameln die Ortsgruppe der Technischen Nothilfe unter der Leitung von Kreisinspektor Falke eingesetzt.

Barntrup. Wegen Untreue im Dienst verhaftet. Der Postschaffner D., der seit einigen Tagen flüchtig war, wurde der Unterschlagung und Urkundenfälschung überführt und hier verhaftet.

Worbis. Schlechte Jagdergebnisse. Aus fast allen Jagdrevieren des Obereichsfeldes wird berichtet, daß die Hasenjagden gegenüber den Vorjahren sehr ungünstige Ergebnisse bringen. In manchen Revieren wird nicht ein Viertel des sonst gewohnten Abschusses erreicht.

○ **Dampferstrandung in der Außenweser.** Bei Bremerhaven ist in der Außenweser der Neptun-Dampfer „Hector" gestrandet. Sechs Schlepper versuchten, den Dampfer abzuschleppen, konnten aber infolge der schweren Brandung keine Verbindung herstellen. Bei diesen Versuchen ist der Schlepper „Athlet" ebenfalls festgeraten, so daß die Besatzung das Fahrzeug verlassen mußte.

○ **Großfeuer in einer Druckerei.** In der in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs Dresden gelegenen Buchdruckerei M. und R. Zocher, brach ein Großfeuer aus, zu dessen Bekämpfung vier Löschzüge und ein Pionierzug in Tätigkeit treten mußten. Bei der Unübersichtlichkeit des durch die lagernden Papiermassen sehr starken Qualmes waren eine Zeitlang auch die umliegenden Baulichkeiten stark gefährdet. Jedoch wurde die Wehr nach einigen Stunden des Feuers Herr. Verschiedene Wehrleute erlitten leichtere Rauchvergiftungen, zwei wurden durch Stichflammen im Gesicht und an den Händen erheblich verletzt.

○ **Abgestürzt.** Während der Varietévorstellung im Friedrichsbautheater in Stuttgart kam es zu einer Schreckensszene. Als das italienische Artistenpaar Biagis und Frascoya seine gymnastischen Trapezakte vorführte, stürzte die Frascoya plötzlich vom schwingenden Trapez aus beträchtlicher Höhe zum Entsetzen des vollbesetzten Hauses auf die Bühne, wo sie mit schweren Verletzungen besinnungslos liegenblieb. Der Vorhang schloß sich sofort. Der Zustand der abgestürzten Artistin ist ernst.

⊙ **Der Arbeitslose Goethe.** In der städtischen Kinderübernahmestelle in Wien befinden sich gegenwärtig der fünfjährige Fritz und der siebenjährige Theodor Goethe, Söhne des Arbeitslosen Theodor Hermann Goethe. Sie sind direkte Verwandte Johann Wolfgang von Goethes aus einer „Nebenlinie". Das im Goethe-Jahr richtige Goethes in größter Armut leben müssen, ist ein bißchen peinlich.

⊙ **Zehn Verletzte bei einem Drahtseilbahnunglück.** In Lyon riß das Seil einer voll besetzten Drahtseilbahn in dem Augenblick, als der Wagen sich auf halbem Wege in einem Tunnel befand. Dem Führer gelang es zwar, den herabgleitenden Wagen zum Stehen zu bringen, doch wurden die Insassen durch den heftigen Stoß derart durcheinandergeworfen, daß zehn von ihnen schwere Verletzungen davontrugen. Drei der Verletzten erlitten gefährliche Schnittwunden und mußten in ein Krankenhaus gebracht werden.

⊙ **Seine Mutter auf bestialische Weise ermordet.** In Sosnowice hat der 28jährige Anton Zuczinski, der als Trunkenbold bekannt ist, seine Mutter auf bestialische Weise ermordet. Zuczinski kam des Nachts mit einem Zechgenossen in die Wohnung der Mutter und mißhandelte sie, bis sie bewußtlos zusammenbrach. Dann schleppte sie der entmenschte Sohn auf den Flur und stieß sie mit Fußtritten die Treppe hinunter. Die Mutter erlitt einen Schädelbruch, der ihren sofortigen Tod zur Folge hatte. Zuczinski wurde zusammen mit seinem Freunde, der den Vorgängen gleichgültig zugesehen hatte, verhaftet.

○ **Es wird wieder kälter.** Die Temperaturen sind in Deutschland fast durchweg etwas gesunken, der Schneeschwund ist dadurch zum Stillstand gekommen. Neuschneefälle sind jedoch nirgends aufgetreten. Die Sportmöglichkeiten sind infolge starken Regens sehr gering.

○ **Der D-Zug Berlin—Köln fährt auf eine Lokomotive.** Der D-Zug Berlin—Köln fuhr im Dortmunder Hauptbahnhof auf eine Heizlokomotive auf. Die Lokomotive entgleiste mit drei Achsen, der Packwagen mit zwei Achsen. Der Heizer der Heizlokomotive und der Zugführer des D-Zuges wurden leicht verletzt.

○ **Unter dem Verdacht des Giftmordes verhaftet.** Vor einigen Tagen starb in Brauweiler bei Bad Kreuznach eine Frau. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zur Leichenöffnung dem Krankenhause zugeführt. Die Untersuchung ergab den dringenden Verdacht einer Arsenvergiftung. Der Mann der Verstorbenen, ein Metzger aus Brauweiler, und dessen Vater wurden verhaftet.

⊙ **Chikago in Not.** Die verzweifelte Finanzlage der Stadt Chikago hat zur Folge gehabt, daß rund 14 000 Schullehrer seit April kein Gehalt mehr bekommen haben. In den letzten Tagen mußten neun Abendschulen geschlossen werden, weil die Stadt kein Geld mehr für Heizung, Beleuchtung und Lehrergehälter aufbringen konnte. Die von der Stadt den Lehrern geschuldeten Gehälter belaufen sich zurzeit auf 20 Millionen Dollar.

○ **Cilly Aussems Befinden zufriedenstellend. Cilly Aussem, die auf der Reise nach Süddeutschland erkrankt war, mußte sich in München einer Blinddarmoperation unterziehen, die einen guten Verlauf genommen hat. Das Befinden der Tennismeisterin ist zufriedenstellend.**

⊙ **„Verkühle dich täglich!" 27 Mitglieder des Vereins „Verkühle dich täglich", unter Führung ihres 68jährigen Obmanns Dr. Panesch, sprangen in der Silvesternacht bei Wien in den eiskalten Donaustrom mit brennenden Pechfackeln und schwammen stromabwärts. Um 12 Uhr riefen sie „Prosit Neujahr! Verkühle dich täglich!"**

⊙ **Zur Einhaltung eines Versprechens verurteilt.** Das Zivilgericht in Toulon verurteilte einen früheren Patienten des Chirurgen Marschak zur Einhaltung seines dem Arzt gegebenen Versprechens, daß er dem Chirurgen 100 000 Franc bezahlen würde, sobald dieser seinen Beruf nicht mehr ausüben könne. Als dieser Fall eintrat — dem Chirurgen mußten beide Beine abgenommen werden —, wollte der frühere Patient von seinem Versprechen nichts mehr wissen. Darauf wandte sich der Chirurg an das Gericht, das seinen Anspruch auf Einhaltung des Versprechens anerkannte.

Unterschlagung eines Vollziehungsbeamten.

Einstweilen zur Disposition gestellt.

In Emden wurden Unterschlagungen eines städtischen Vollziehungsbeamten aufgedeckt. Dieser hatte bei einem Steuerpflichtigen 70 RM. eingezogen und ihm eine Quittung ausgehändigt, der Kämmereikasse aber nur 50 Mark abgeliefert und zu diesem Zwecke einen neuen Beleg ausgeschrieben. Schon im Sommer 1931 hatte der Beamte gemeldet, einen von ihm eingezogenen Betrag von 1000 RM. verloren zu haben. Man hatte ihm geglaubt, ihn jedoch für ersatzpflichtig erklärt, und von seinem Gehalt wurde deshalb allmonatlich ein Teil einbehalten, um die Summe abzudecken. Nachdem die jetzige Unterschlagung aufgedeckt wurde, ist man wegen des damaligen angeblichen Verlierens der 1000 RM. von Zweifeln erfüllt, und man hält es nicht für ausgeschlossen, daß weitere Verfehlungen vorliegen. Der Beamte wurde einstweilen zur Disposition gestellt.

Nächtlicher Raubüberfall.

Maskierte Räuber im Schlafzimmer.

In einer Villa in Blankenese wurde nachts ein Raubüberfall ausgeführt. Die Villa wird von einem älteren Ehepaar bewohnt, das durch Gepolter in der Wohnung geweckt wurde. Gleich darauf betraten zwei Burschen mit schwarzen Gesichtsmasken das Schlafzimmer und forderten die Eheleute unter Bedrohung mit einem Messer auf, sich ruhig zu verhalten. Die Räuber, die durch ein zertrümmertes Parterrefenster eingestiegen waren, hatten bereits verschiedene Räumlichkeiten durchsucht und auch die Telephon- und Lichtleitung durchschnitten. Im Schlafzimmer setzten sie, während sie die Eheleute mit der Waffe in Schach hielten, die Suche nach Geld fort und fanden 700 Mark in bar. Dann raubten sie noch einen geladenen Revolver. Eine goldene Uhr, die sie ebenfalls mitnehmen wollten, gaben sie auf Bitten der Ehefrau zurück. Sie sind dann durch den Keller des Hauses entwichen.

Er bettelt — sie studiert Medizin.

Ein seltsames Ehepaar.

In Papenburg sprach dieser Tage ein Mann österreichischer Nationalität bei mehreren Familien um Almosen vor und begründete seine Bitte um eine Gabe damit, daß er die Mittel zusammenbettele, um seiner Frau die Fortsetzung ihrer medizinischen Studien an einer Universität in Oesterreich zu ermöglichen. Amtliche Urkunden, die der Mann vorwies, bestätigten seine Angaben. Ben Akiba dürfte sich wieder einmal geschlagen fühlen.

Dorf-Tragödie in Portugal.

Sechs Todesopfer.

In Baja bei Lissabon hat sich eine furchtbare Tragödie abgespielt, der sechs Personen zum Opfer fielen. Der Landarbeiter Antonio Mattos war wegen Diebstahls ins Gefängnis geschickt worden. Als er zurückkehrte, hatte sich seine Frau erhängt. Aus Rache suchte Mattos den Landmann, der ihn angezeigt hatte, in seinem Geschäft auf und erschoß nicht nur ihn, sondern auch dessen Mutter und Bruder. Mattos kehrte dann in sein Haus zurück, wo er von Polizei umzingelt wurde. Er schickte seine Kinder fort verrammelte alle Türen und Fenster und leistete der Polizei Widerstand. Es kam zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf Mattos den Polizeichef tötete und mehrere Polizisten verwundete. Erst nachdem Verstärkung mit Maschinengewehren eingetroffen war, wurde Mattos durch eine Kugel getötet.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 5. Januar.

Beweisaufnahme im Gefrierfleischprozeß.

Berlin. In der Schadensersatzklage des Reichsverbandes des Deutschen Einfuhr- und Großhandels mit Gefrierfleisch sowie des Verbandes der Kühlanlagen und anderer Verbände gegen das Deutsche Reich war in erster Instanz die Klage kostenpflichtig abgewiesen worden. Die klagenden Verbände hatten Schadenersatz in Höhe von 300 000 Mark gefordert, nachdem das Verbot der Einfuhr von ausländischem Gefrierfleisch am 1. Oktober 1930 endgültig in Kraft getreten war, weil sie sich auf den Standpunkt stellten, daß sie durch die Verordnung vom 2. November 1921 ein öffentliches Recht für die Dauer von mindestens zehn Jahren erworben hätten. Das Kammergericht ist noch zu keinem Urteil gelangt, sondern hat einen Beweisbeschluß erlassen.

Blutige Zusammenstöße mit französischem Militär in Syrien.

Moskau. In verschiedenen Teilen Syriens ist es zu Unruhen gekommen. In der Nähe von Damaskus haben französische Soldaten zwei Handgranaten in eine Menschenansammlung geworfen, wodurch drei Personen getötet und zehn teils schwer, teils leicht, verletzt wurden. In der Stadt wird die Ordnung nur noch durch französische Tanks aufrechterhalten.

40 Millionen Bushels Weizen für amerikanische Bedürftige.

Washington. Der Senat nahm eine Entschließung an, in der das Farmamt angewiesen wird, 40 Millionen Bushels des in seinen Beständen befindlichen Weizens dem Roten Kreuz und anderen wohltätigen Gesellschaften zur Vermahlung und Verteilung an Bedürftige kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Das Ende des Massenmörders von Springfield.

Newyork. Der Mörder von Springfield, der bei der Verfolgung durch die Polizei sechs Detektive und einen Sheriff durch Maschinengewehrfeuer getötet hatte und dann geflüchtet war, konnte am Dienstag nach wilder Jagd in einem abgelegenen Hause in Houston (Texas) erneut gestellt werden. Er hatte sich dort mit einem Spießgesellen abermals verbarrikadiert. Nach einstündiger Belagerung drang die Polizei in das Haus ein. Die beiden Verbrecher wurden tot aufgefunden. Sie hatten Selbstmord verübt, nachdem sie erkennen mußten, daß ein Entkommen unmöglich war.

Auszahlung der zweiten Hälfte der Beamtenbezüge schon am 9. Januar.

Berlin. Da der 10. Januar 1932 auf einen Sonntag fällt, hat sich der Reichsfinanzminister damit einverstanden erklärt, daß die Auszahlung der zweiten Hälfte der Dienstbezüge der Beamten usw. bereits am Sonnabend, den 9. Januar, erfolgen darf.

Blutige Zusammenstöße in Charbin.

Charbin. Bei schweren Zusammenstößen zwischen Chinesen und weißgardistischen Russen in Charbin wurden vier Personen getötet. Sämtliche Geschäfte waren mehrere Stunden geschlossen.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 5. Januar.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 14,16 bis 14,20; holl. Gulden 169,13—169,47; Danz. 82,02—82,18; franz. Franc 16,52—16,56; schweiz. 82,12—82,28; Belg. 58,54—58,66; Italien 21,33—21,37; schwed. Krone 80,17—80,33; dän. 78,32 bis 78,48; norweg. 77,52—77,68; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,04—1,05; Spanien 35,76 bis 35,84.

Bericht der Viehverkaufshalle A.-G. Lehrte
vom Verkaufstage 5. Januar 1932.

Auftrieb: 2061 Stück Ferkel und 180 Stück Läuferschweine. Es kosten im Großhandel:

Ferkel (Durchschnittsqualität):

4— 6 Wochen alt	Mark 7.—
6— 8 Wochen alt	Mark 8.— bis 10.—
8—12 Wochen alt	Mark 11.— bis 15.—

Läuferschweine:

3—4 Monate alt	Mark 16.— bis 22.—
4—6 Monate alt	bis Mark 45.—

Marktverlauf: Im ganzen langsam.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Nachruf.



Plötzlich und unerwartet starb am 4. ds. Mts. unser lieber Sangesbruder und

Ehrenmitglied

Herr Gust. Ad. Enneper

in Engstfeld.

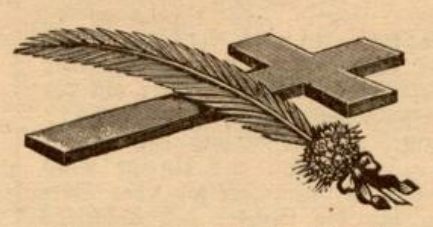
Er war Mitbegründer unseres Vereins und hat stets mit allen seinen Kräften unsere Bestrebungen unterstützt.

Sein Andenken wird in uns nie erlöschen.

Schlaf wohl, Du alter Sänger.

M.-G.-V. „Liederkranz" Anschlag.

Nachruf.



Am 4. Januar verschied plötzlich und unerwartet, unser früherer langjähriger Vorsitzender und jetziger

Ehrenvorsitzender

Herr Gust. Ad. Enneper

in Engstfeld.

In ihm verlieren wir einen Mann, der in allen unseren Angelegenheiten, sowie in kameradschaftlicher Beziehung uns als Vorbild dienen konnte.

Immer nahm er an unseren Interessen regsten Anteil und stützte dieselben stets mit dem Einsetzen seiner ganzen Kraft.

Sein Andenken wird bei uns in Ehren gehalten werden.

Verein ehemalig. Landwirtschaftsschüler des Kreises Altena.

Crone, Vorsitzender.



Ein Blick genügt!
Hier fehlt nur
Hühneraugen-
„LEBEWOHL"

Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballenscheiben, Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., Lebewohl Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben: In Halver: Mediz.-Drog. C. Menke, in Schalksmühle: Adler-Drogerie A. Cordt, in Kierspe-Bahnhof: Drogerie C. Baukloh

Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Donnerstag, d. 7. Jan. 1932, abends 8,30 Uhr

Spieler-Sitzung

im Vereinszimmer der Turnhalle

Erscheinen sämtlicher Spieler ist Pflicht.

Der Spielwart.

Stickrahmen

verstellbar.

Wilh. Bell jr., Halver.

Verein. Turn- u. Spiel-Vereine Halver e. V.

Mittwoch, d. 6. Jan., 20 Uhr

Turnend. Männer

Der Oberturnwart.

Darlehen und Hypotheken ohne Vorkosten durch A.B.100 Postl. Eveking i.W. 30 Pfg. f. Rückporto beif

Nachbarschaft Kreisch u. Umgegend.

Sonntag, den 10. Jan. 1932, nachm. 5 Uhr

General-Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:
1. Jahres- u. Kassenbericht
2. Vorstandswahl
3. Kranken- bezw. Krankenhausunterstützungskasse.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Glörfelder Schweine-Versicherungs-Verein.

Samstag, d. 9. d. M., 18 Uhr im Lokale des Herrn C. Kresting, Grünenbaum

Jahres-Haupt-Versammlung

Tagesordnung:
Rechnungsablage.
Vorstandswahl
Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet:

Der Vorstand.

Spiel- u. Sport-Verein Halver 1911.

Samstag, den 9. Jan. abends 8 Uhr im Vereinslokal

General-Versammlung.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir einen allseitigen Besuch.

Der Vorstand.

Elsu-Holz-Metall-Betten

Stahlmatr. Kinderb. Schlafzimm., Chaiselong. a. Priv. Ratenz. Katalog 1914 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Mütterberatungsstunden.

Dienstag, den 12. Januar, 14,30 Uhr in Brügge (Wirtsch. Wünsche)

Dienstag, den 12. Januar, 16 Uhr in Schalksmühle (Wirtschaft Heedfeld).

Landwirtschaftl. Verein Kierspe.

General-Versammlung

am Samstag, den 9. Jan., nachm. 3½ Uhr im Gasthof Plate

Tagesordnung:
1. Jahresbericht,
2. Rechnungslage,
3. Festsetz der Beiträge,
4. Vorstandswahl,
5. Besprechung u. Bullenkörung u. Prämierung.
6. Verschiedenes,
7. Vorträge: Herr Landwirtschaftsrat Direktor Schewe über Schweinemast. Herr Landwirtschaftslehrer Kornfeld über Versuchsergebnisse im Kreise Altena mit Lichtbildern. Herr Dr. Herfel über Steuerfragen, Milchwirtschaftliche Fragen, Filmvortrag.

Um zahlreiches Erscheinen bittet:

Der Vorstand.



Mittwoch u. Donnerstag im Hauptgeschäft Kronprinzenstraße

Schellfisch

lebendfrisch und ohne Kopf

Konsumverein Halver

Polizeiliche

An- und Abmeldescheine

zu haben

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.

Wintersportgeräte!

Jugendski Eschenholz, 170 cm, m. Bind. u. Stöcke 15.-
Tourenski, Eschenholz, m. Huitfeldbind. v. 17.- b. 29.-
Rodelschlitten, ganz aus Eschenholz . . 3.75 4.50
Schlittschuhe in allen Preislagen
Skistöcke, Skibindungen, Ersatzteile, Skiwachs, Skiöle usw. finden Sie bei mir in reicher Auswahl

E. Bickenbach, Lüdenscheid, Knapperstr. 8a.

Westdeutscher Rundfunk.

Donnerstag, den 7. Januar.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10,00 Erste Meldungen, Zeitangabe und Wasserstandsmeldungen.
10,15—11,15 Mensch und Welt. Gemeinschaftsempfang für Arbeitslose.
11,20—12,50 Schallplattenkonzert.
12,50 Wetterbericht.
12,55 Nauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert des Orchesters des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Kühn.
14,30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Els Vordemberge: Vorlesung aus dem Buch „Hans Urian oder die Geschichte einer Weltreise" von Lisa Tetzner (3).
16,20—16,30 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16,30—17,00 Aus dem Schulrecht. Regierungsrat Dr. Melsheimer: Die Begabtenförderung in Preußen.
17,00—18,00 Uebertragung vom Südwestfunk, Frankfurt: Vesperkonzert des Rundfunkorchesters Frankfurt, Leitung: Reinhold Merten. Operettenmusik.
18,10—18,30 Ketzereien zur Zeit. Erik Reger: Abbau von innen.
18,35—18,55 Italienisch. Universitätsprofessor Dr. Heinermann.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Vom Tage.
19,30—19,55 Jugend in Deutschland. P. Ludwig Esch: Die katholische Jugend und ihre Organisation.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00—20,30 Abendmusik. Städtisches Orchester Münster i. W. Leitung: Wolf.
20,30 **Aus Singspielen und Operetten Leo Falls.** Aus der „Dollarprinzessin", dem „Fidelen Bauer", dem „Irrlicht", der „Geschiedenen Frau", dem „Brüderlein fein", der „Rose von Stambul", dem „Lieben Augustin", der „Kaiserin", der „Madame Pompadour". Maria Horstwig vom Theater der Stadt Münster (Sopran), Paul Kötter vom Stadttheater Hamburg, Ernst Vogler vom Stadttheater Hagen (Tenor). Städtisches Orchester, Münster. Leitung: Wolf. Verbindende Worte: Paul Haslinde.
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 24,00: Nachtmusik und Tanz, Leitung: Pensis.